

Tages Anzeiger



Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Dienstag
8. August 2017

125. Jahrgang Nr. 181
Fr. 4.00, Ausland: € 3.65 / AZ 8021 Zürich



Zweite Chance
Wie Mediziner
Krebs bei Tieren
behandeln.
38

Roger Federer
Der Tennisstar wird
36 - und wünscht
sich die Nummer 1.
28

«Ein Schwein»
Roger Waters
beschimpft Trump
in Washington.
6

So wird man reich
Tipps von fünf
Menschen, die
es wissen müssen.
21

SBB lassen Fassade für die Europaallee in China fertigen

Schweizer Hersteller waren dem Staatsbetrieb zu teuer. Jetzt will die Politik eingreifen.

Stefan Häne und Beat Metzler

An der Europaallee, unmittelbar neben dem Zürcher Hauptbahnhof, erstellen die SBB derzeit eine Grossüberbauung mit 171 Wohnungen sowie Büro- und Geschäftsflächen. Rund 145 Millionen Franken kostet der 53 Meter hohe Bau. Ein Teil dieses Geldes wird nach China fließen. Denn die Fassade im Wert von über 20 Millionen Franken wird vom chinesischen Unternehmen Yuanda Group in Shenyang gefertigt. Die rund 3500 Tonnen schwere Gebäudehülle wird danach in einzelnen Elementen per Schiff nach Basel verfrachtet und von dort mit Lastwagen nach Zürich gebracht.

Auch Schweizer Hersteller haben sich um den Grossauftrag bemüht. Laut eigenen Angaben hatten sie keine Chance. Es herrsche ein völlig ungleicher Wettbewerb, sagt der Gossauer Fassadenbauer Roman Aepli, der für diesen Auftrag mitbot. In China zahlten Firmen Monatslöhne von wenigen Hundert Franken, die Auflagen seien viel lascher, Lehrlinge würden keine ausgebildet.

Bei den SBB heisst es: Das Beschaffungsrecht lasse es nicht zu, einheimische Unternehmen zu bevorzugen. Yuanda Europe habe alle geforderten Kriterien zum Teil sehr gut erfüllt.

Schweizer Branchenverbände stören sich schon länger daran, dass Behörden oder Unternehmen, die dem Staat gehören (wie die SBB), bei den Vergaben so stark auf den Preis achten. Das benachteilige Schweizer Firmen. Nun bekommen sie Hilfe aus der nationalen Politik, wo die Revision des Beschaffungsrechts ansteht. In der Wirtschaftskommission herrscht von links bis rechts der Konsens, dass einheimische Firmen «gleich lange Spiesse» wie die ausländische Konkurrenz erhalten sollen. Umstritten ist hingegen, wie das geschehen soll.

Kriterien anders gewichtet

Linke Politiker schlagen vor, ökologische und soziale Kriterien künftig stärker zu gewichten. Bürgerliche Politiker dagegen taxieren Nachhaltigkeit und soziale Kriterien als nur schwer messbar. FDP-Ständerat Hans Wicki ist daher der Ansicht, dass man bei Ausschreibungen besser die Kosten über die gesamte Lebensdauer eines Bauwerks berücksichtigen sollte. SVP-Nationalrat Jean-François Rime regt bei Auftragsvergaben ein zweistufiges Verfahren an. Dabei würde der Preis erst mitberücksichtigt, wenn ein Unternehmen alle anderen eingeforderten Kriterien erfüllt.

Kommentar Seite 2, Berichte Seite 15, 17

Die FDP ist empört über Berset

Bundesrat Alain Berset hat gestern im TA-Interview die unter 45-Jährigen dazu aufgefordert, seine Rentenreform anzunehmen - sonst könnten sie nicht sicher sein, überhaupt noch eine AHV-Rente zu bekommen. Diese Aussage stösst innerhalb der FDP auf harsche Kritik. «Bundesrat Berset geht damit sehr hart an die Grenze zur Kampagne», sagt etwa die Zürcher Nationalrätin Regine Sauter. Der Luzerner Ständerat Damian Müller findet, der Innenminister drohe der jungen Stimmbewölkerung:

«Mit seiner Aussage erpresst Berset die Jungen: Entweder spurt ihr - oder ich lasse die AHV den Bach runtergehen.» Zudem führe Alain Berset die Stimmbewölkerung mit einseitiger Information und Falschaussagen in die Irre. Auch mit seiner Reform sei die AHV keineswegs längerfristig gesichert.

Die Vorwürfe an die Adresse von Bundesrat Berset kommen dabei nicht von ungefähr: Die FDP bekundet bisher Mühe mit dem Abstimmungskampf gegen die Reform. (hwe/rbi) - Seite 4

Service

Börse	12	Veranstaltungen	32
Leserbriefe	13	Fernsehprogramme	34
Todesanzeigen	23	Rätsel	36
Stellenanzeigen	24	Wetter	37

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate 044 248 40 30

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch

Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch



Frau auf der Überholspur



Isabelle Moret, die Bundesratskandidatin aus dem Waadtland, könnte für Ignazio Cassis zur ernsthaften Konkurrenz werden. Der Tessiner Nationalrat und FDP-Fraktionschef geht zwar mit einem Vorsprung in das Rennen um die Nach-

folge von Didier Burkhalter. Doch Moret ist bei den linken Parteien beliebter, sie darf mit dem Support bürgerlicher Frauen rechnen - und mit der heimlichen Hilfe von Männern, die später noch in den Bundesrat wollen und darum jetzt

auf eine weibliche Kandidatur setzen. Gegen Moret spricht indes, dass die Kantone Waadt und Bern dann jeweils eine Doppelvertretung im Bundesrat hätten. Kritiker sehen das Alte Bern wieder nach der Macht greifen. (fre) - Seite 3

Tourismus erholt sich vom Frankenschock

Ob im Tourismus oder im Exportsektor der Industrie: Die Wirtschaftszweige, die bis vor kurzem besonders stark unter dem harten Franken litten, scheinen wieder Boden unter den Füßen zu bekommen. Die heimischen Hoteliers verzeichneten im ersten Halbjahr 2017 eine überproportionale Zunahme von Übernachtungen ausländischer Gäste. Zum Anstieg beigetragen haben auch Touristen aus den europäischen Nachbarländern, welche die Schweiz in den letzten Jahren aus Kostengründen mieden. Im gleichen Zeitraum hat sich gemäss einer Umfrage die Stimmung in der Industrie - und vorab bei den Exporteuren - deutlich verbessert. (rm.) - Seite 8

Heute

US-Vizepräsident Pence soll sich für Zeit nach Trump in Stellung bringen
Neben US-Präsident Donald Trump wirkt sein Vize Mike Pence eher unscheinbar. Pence liess auch nie ein böses Wort über seinen Chef fallen. Dennoch soll er hinter den Kulissen seine eigene Präsidentschaftskandidatur für das Jahr 2020 vorbereiten. Das berichtet die «New York Times». - Seite 7

Liechtensteins Fürst Hans-Adam II. kämpft um Ländereien in Tschechien
Das Liechtensteiner Fürstenhaus wurde nach dem Zweiten Weltkrieg im heutigen Tschechien enteignet. Nun versucht die Adelsfamilie um Hans-Adam II., den Besitz von rund 600 Hektaren Land juristisch durchzusetzen. Es geht um Recht und Unrecht, um Macht und um Entschädigungsfragen. - Seite 9

Tierquälerei: Hof in Hefenhofen TG wird aufgelöst, Tierhalter in Haft
Die Tierhaltung auf dem Hof eines der Tierquälerei verdächtigten Pferdehändler in Hefenhofen TG wird unverzüglich aufgelöst und die gegen 300 Tiere weggebracht. Der Mann darf ab sofort keine Tiere mehr halten. Er ist in polizeilichem Gewahrsam. Auf seinem Hof verendeten rund ein Dutzend Pferde. - Seite 14

Leichtathletik-WM: Hussein im Final, Fontanive und Sprunger im Halbfinal
Der 28-jährige Thurgauer Kariem Hussein schaffte die 400 Meter Hürden in seiner Halbfinal-Serie in 49,13 Sekunden. Somit zieht er direkt in den Endlauf der besten acht ein. Petra Fontanive und Lea Sprunger überstanden die erste Runde und stehen jetzt in den 400-Meter-Hürden-Halbfinals. - Seite 27

Kommentare & Analysen

«Venezuela im Jahr 2017, das ist ein Mafiastaat, in dem kein Gesetz mehr gilt.»

Boris Herrmann über das Land unter Nicolás Maduro. - Seite 5

Warum Niedersachsens Ministerpräsident eine Rede von VW absegnen liess. - Seite 11

Diese vier Musliminnen kämpfen für einen liberalen und säkularen Islam in der Schweiz. - Seite 18

Für die FDP ist Bundesrat Alain Berset «ein Erpresser»

Mit einer Warnung an die Jungen sorgt der SP-Innenminister bei den Gegnern der AHV-Reform für Empörung.

Hannes Weber und Raphaela Birrer

Es sind ungewöhnlich deutliche Worte, die Innenminister Alain Berset (SP) im gestrigen Interview mit dem «Tages-Anzeiger» gewählt hat. «Ich sage den Jungen ganz klar: Wenn ihr Nein stimmt, erhaltet ihr vielleicht keine AHV mehr.» Mit diesem Argument will der Innenminister die junge Generation davon überzeugen, die Rentenreform im September anzunehmen - obwohl sie höhere Beiträge für die Altersvorsorge leisten muss.

In der FDP ist die Empörung über Bersets Interviewaussagen gross. Auf dem Generalsekretariat der Partei, die an vorderster Front gegen die Reform kämpft, liefen gestern die Drähte heiss. Der Tenor von Politikern und Parteigängern: Berset hat eine Grenze überschritten.

Der Luzerner Ständerat Damian Müller etwa spricht von einer unzulässigen Drohung: «Mit seiner Aussage erpresst Berset die Jungen: Entweder spürt ihr - oder ich lasse die AHV den Bach hinuntergehen. Das entspricht nicht der magistralen Haltung, die ich von einem Bundesrat erwarte.» Müller bezichtigt Berset zudem der «Augenwischerei». «Der Bundesrat verschweigt, dass die Vorlage nicht nachhaltig ist. In fünf Jahren muss bereits die nächste Reform aufgegleist sein, damit sich die Kassen nicht leeren.» Das habe der Innenminister mit keinem Wort erwähnt. Andere Vertreter der FDP unterstellen Berset, Abstimmungskampf zu betreiben. Es sei zwar



Regine Sauter
FDP-Nationalrätin

Usus, dass Bundesräte sich für ihre Vorlagen einsetzen, sagt etwa die Zürcher FDP-Nationalrätin Regine Sauter. «In diesem Fall geht Bundesrat Berset aber sehr hart an die Grenze zur Kampagne.»

Seine Informationen seien einseitig - so etwa die Aussagen zur Sanierung der AHV. «Es ist zwar richtig, dass die AHV ohne eine Reform in eine schwierige Situation kommt», stimmt Sauter dem Bundesrat grundsätzlich zu. Deshalb sei der vorgesehene Ausbau das falsche Mittel. Gerade die Jungen müssten das irgendwann bezahlen: «Mit dieser Vorlage sind wir nicht auf der sicheren Seite, im Gegenteil», sagt Sauter. «Ab 2030 braucht es massiv mehr Mittel - dafür müssen die Erwerbstätigen, also die Jungen, aufkommen.» Deshalb marginalisiere Berset mit seiner Drohung die Ängste der jungen Generation, findet auch FDP-Ständerat Joachim Eder. Der Zuger kritisiert überdies «Falschaussagen» des Bundesrats, die das Stimmvolk in die Irre führten. So stelle der Innen-



Damian Müller
FDP-Ständerat

minister etwa in Abrede, dass die 45- bis 65-Jährigen mit der Reform sowohl eine um 70 Franken höhere Rente erhalten würden als auch einen garantierten BVG-Umwandlungssatz von 6,8 Prozent statt wie neu nur 6 Prozent. «Das ist ein Rentenausbau, den der Innenminister verschweigt.»

Die FDP in der Defensive

FDP-Nationalrätin Sauter stört sich zudem an Bersets Aussage, die rechten Gegner der Vorlage hätten bis zuletzt Rentenalter 67 gefordert. «Auch das ist nachweislich eine Falschaussage», sagt die Sozialpolitikerin. Die FDP habe vielmehr einen Interventionsmechanismus vorgeschlagen, der erst greift, sobald das Vermögen des AHV-Fonds unter achtzig Prozent der jährlichen Ausgaben fällt. Und auch dann wäre die Erhöhung des Rentenalters nur schrittweise vollzogen worden. «Die Darstellung von Bundesrat Berset ist extrem verkürzt», bilanziert Sauter.

Die happigen Vorwürfe an die Adresse Bersets kommen nicht von ungefähr: Die FDP ist im Abstimmungskampf bereits in die Defensive geraten, ehe dieser richtig begonnen hat. Zum einen fehlen die beiden prominenten Zugpferde Ignazio Cassis (TI) und Isabelle Moret (VD). Die beiden Nationalräte äussern sich als Bundesratskandidaten nicht mehr zur Vorlage, die sie im Parlament federführend begleitet haben.

Zum anderen hatte FDP-Präsidentin Petra Gössi Anfang Juli selbst für Empörung gesorgt, als sie im «Blick» sagte, der Rentenausbau helfe den falschen Personen, nämlich den Rentnern im Ausland, die keine Wertschöpfung in der Schweiz generierten. «Ihnen vergolden wir den Ruhestand auf Kosten der nächsten Generationen.»

Kommt hinzu, dass die SVP den Freisinn in dieser Kampagne bislang kaum sichtbar unterstützt. Die Befürworter wiederum haben mit Berset einen tatkräftigen Bundesrat an der Spitze, der jahrelang für sein wichtigstes politisches Projekt gekämpft hat. In dieser Konstellation will der Abstimmungskampf für die FDP nicht richtig Fahrt aufnehmen.

Dabei betont die FDP, sie habe bereits einen Plan B ausgearbeitet. Dieser ist jedoch im Parlament nicht mehrheitsfähig. Die SP will keine Erhöhung des Frauenrentenalters ohne AHV-Zuschlag von 70 Franken, und auch CVP- und SVP-Exponenten haben Vorbehalte gegenüber dem FDP-Vorschlag.

Nachrichten

Hochseeflotte Schweizer Schiffe in mehrere Unfälle verwickelt

Zuletzt sorgte die Schweizer Hochseeflotte vor allem wegen finanzieller Schwierigkeiten für Schlagzeilen. Nun kommt eine Häufung von Unfällen hinzu. Wie Radio SRF meldet, werden derzeit von der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle (Sust) gleich vier Unfälle abgeklärt. In drei Fällen geht es um Schiffe jener Reederei, bei der der Bund mit über 200 Millionen Franken einspringen musste. Zu den genauen Unfallursachen macht die Sust noch keine Angaben. Die drei Unfälle würden aber verglichen, um mögliche Zusammenhänge mit der finanziellen Situation der Reederei abzuklären. (TA/SDA)

AKW

Beznau II darf wieder ans Netz

Der Block 2 des Atomkraftwerks Beznau AG kann wieder ans Netz. Die Atomaufsichtsbehörde Ensi gab grünes Licht. Der Reaktor war am Freitagabend wegen einer Ölleckage an einem 220-Kilovolt-Kabel im nicht nuklearen Teil der Anlage abgeschaltet worden. Die AKW-Betreiberin Axpo habe die Reparatur inzwischen abschliessen können. (SDA)

Gesundheit

Tollwutfall im Kanton Neuenburg

Eine Person im Kanton Neuenburg ist von einer Fledermaus gebissen worden, die den Tollwuterreger in sich trug. Dies teilte der Kanton am Montag mit. Trotz dieses Vorfalles bleibe die Schweiz ein sehr sicheres Land, was das Tollwutrisiko betreffe. Tollwutfälle von Fledermäusen traten in Europa in den letzten Jahrzehnten nur sporadisch auf. (SDA)

Eine neue Wächterin über die Menschenrechte

Die UNO verlangt von der Schweiz, dass eine nationale Institution die Einhaltung der Menschenrechte überwacht. So mächtig, wie von der SVP befürchtet, wird sie nicht.

Martin Wilhelm

In Schweizer Gefängnissen werden momentan rund 30 Personen in einer Hochsicherheitsabteilung in Einzelhaft festgehalten. Manche nur für einige Tage, andere seit Jahren. Unter welchen Bedingungen ein solch schwerer Eingriff in die persönliche Freiheit der Betroffenen zulässig ist, gehört zu den Fragen, die das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) untersucht. Dieses wurde im Jahr 2011 als Pilotprojekt ins Leben gerufen. Das war der erste Schritt zur Schaffung einer nationalen Institution, die die Einhaltung der Menschenrechte in der Schweiz überwacht. Auf Geheiss der UNO haben bereits über hundert Länder eine solche Institution gegründet.

Nun soll auch in der Schweiz aus dem befristeten Pilotprojekt eine dauerhafte Institution werden. Wie bisher schon das Kompetenzzentrum soll auch dessen Nachfolger an den Universitäten angesiedelt sein. Die Hauptaufgabe der neuen Institution: das Erstellen von Gutachten und Studien über Menschenrechtsfragen zuhänden von Behörden. Sie soll aber frei bestimmen können, welche Themen sie untersucht, und dazu vom Bund einen fixen Beitrag von rund einer Million Franken pro Jahr erhalten. Die Infrastruktur wiederum soll von den Universitäten zur Verfügung gestellt werden.

Köppels Warnung

In der Öffentlichkeit wurde das provisorische SKMR bisher kaum beachtet. Das liegt wohl auch daran, dass dieses nie Position für oder gegen Gesetzesvorhaben oder Volksbegehren bezogen hat. Der neuen Menschenrechtsinstitution wird das erlaubt sein - zumindest theoretisch. Sie werde sich zu «sämtlichen menschenrechtlichen Themen ihrer Wahl äussern» und sich insofern auch an einem Abstimmungskampf beteiligen können, bestätigt das Bundesamt für Justiz. Nicht mit ihrem Mandat vereinbar



Schwerer Eingriff in die persönliche Freiheit: Unter welchen Bedingungen ist Einzelhaft zulässig? Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

wären hingegen «die Erstellung von Abstimmungsplakaten oder vergleichbare Massnahmen».

Der Entscheid des Bundesrates, eine neue Wächterin über die Menschenrechte zu schaffen, hat rechts aussen für Wirbel gesorgt: «Nichts anderes als ein Propagandainstrument für politische Anliegen links der Mitte» sei die geplante Institution, schrieb beispielsweise SVP-Nationalrat Roger Köppel in der «Weltwoche». Die «Basler Zeitung» warnte, die neue Institution könnte «Geld und Zeit für die Abstimmungskampagne gegen die Selbstbestimmungsinitiative einsetzen».

Ob die Mitglieder der Menschenrechtsinstitution viel Lust verspüren werden, sich an politischen Grabenkämpfen zu beteiligen, wird sich erst zeigen müssen. Dagegen sprechen die Anbindung an die Universitäten und die wissenschaftliche Ausrichtung der Institution - was al-

lerdings nicht im Sinn von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International ist. Die NGOs wünschen sich im Gegenteil, dass die neue Institution die akademische Zurückhaltung des SKMR ablegt und «bestimmte klar definierte Werthaltungen und werthaltige sachbezogene Positionen» vertritt. So zumindest steht es im Entwurf einer Stellungnahme von mehreren NGOs.

Gegen ein politisches Engagement der Menschenrechtsinstitution spricht ebenfalls, dass so die Bereitschaft von Behörden abnehmen könnte, ihr Einblicke in ihre Tätigkeit zu geben und ihre Empfehlungen umzusetzen. Die praxisorientierte wissenschaftliche Arbeit erachten denn auch die involvierten Behörden und der breit zusammengesetzte Beirat des SKMR als besonders sinnvoll, wie aus veröffentlichten Evaluationsberichten und Gesprächen des TA mit Beiratsmitgliedern hervorgeht.

Neben Gutachten im Bereich von Zwangsmassnahmen werden zum Beispiel ein Bericht zur weiblichen Genitalverstümmelung und über den Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen als sinnvolle Beispiele für die Arbeit des SKMR genannt. Weniger eindeutig wurde hingegen der Nutzen von Informationsbroschüren oder der Smartphone-App, die «Frauenmenschenrechte» erläutert, bewertet. «Wenig praxisorientiert» lautete das Urteil zu einer Studie über Unterrichtsmaterialien zum Thema Menschenrechte.

Zu zahm für die UNO?

«Die Justiz, aber auch Spitäler und Heime haben Bedarf an sachgerechter Information über die Bedeutung von Menschenrechten in konkreten Fällen», sagt CVP-Alt-Ständerat Eugen David, der sich im Parlament für die Schaffung einer Menschenrechtsinstitution eingesetzt hatte

Überflüssig oder unverzichtbar Experten uneinig

Braucht die Schweiz eine neue Wächterin über die Menschenrechte? Eine solche Institution sei überflüssig, sagte Alt-Botschafter Paul Widmer kürzlich gegenüber der «NZZ am Sonntag». Wenn es in der Schweiz zu Menschenrechtsverletzungen kommen sollte, stehe der Weg nach Strassburg offen. Alt-Bundesgerichtspräsident Giusep Nay widerspricht: «Ein Staat, der nicht alles unternimmt, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, erfüllt seine Aufgabe zum Schutz seiner Bürger nicht.» Nay verweist darauf, dass ein Verfahren inklusive Gang nach Strassburg gut und gerne drei bis fünf Jahre dauern könne.

Umso wichtiger sei die Prävention - zumal eine nachträgliche Wiedergutmachung in vielen Fällen nur beschränkt möglich sei. Auch den Vorwurf, das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte sei parteiisch, kann Nay «überhaupt nicht nachvollziehen». Seine Arbeit sei von bester Qualität und habe nichts mit linken Positionen zu tun. «Das demokratisch gesetzte Recht - und dazu gehören auch die gemäss unserer Verfassung verpflichtenden völkerrechtlichen Menschenrechtskonventionen - ist weder rechts noch links.» (mw)

und heute den Beirat des SKMR präsidiert. Für ihn steht deshalb fest: «Es muss eine Struktur sein, die Know-how vermittelt; eine politische darf es nicht sein.»

Ungewiss ist, ob der Vorschlag des Bundesrats die Vorgaben der UNO erfüllt. Nach den sogenannten Pariser Kriterien muss eine nationale Menschenrechtsinstitution über ein umfassendes Mandat zum Schutz und zur Förderung aller Menschenrechte verfügen, echte Unabhängigkeit von Regierung und Parlament geniessen und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sein.

Andere Länder haben ihre Institutionen mit grosseren Budgets und vor allem mit mehr Kompetenzen ausgestattet, so etwa der Behandlung individueller Beschwerden oder der Wahrnehmung von Aufsichtsaufgaben. Im Vergleich dazu wird die Schweiz wohl eine eher zahme Wächterin über die Menschenrechte erhalten.